

## Der Instrukteur — Helfer und politischer Berater

Referat von Minister Dr. HILDE BENJAMIN,

gehalten auf der Arbeitstagung im Ministerium der Justiz am 27. April 1954

Als wir beschlossen, mit den Leitern der Justizverwaltungsstellen und ihren Mitarbeitern diese Tagung durchzuführen, und sie vorbereiteten, stand das im Zusammenhang mit der Vorbereitung unserer Justizverwaltungsordnung. Bei diesen Arbeiten wurde uns klar, daß wir einmal über die Grundfragen einer der wichtigsten Seiten der Justizverwaltungsarbeit, der Anleitung und Kontrolle, d. h. vor allem über die Tätigkeit der Instrukteure, gemeinsam sprechen mußten. Damals sahen wir noch nicht voraus, daß gerade diese Frage eine besondere Bedeutung gewinnen würde, daß wir mit diesem Thema an eines der wichtigsten Probleme rührten, die sich in der Auswertung des IV. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergeben. Damals war neben der Notwendigkeit, allen das Wesen der Justizverwaltung, das Wesen der Instrukteurstätigkeit im Rahmen der Justizverwaltung klarzumachen, noch etwas anderes mit ausschlaggebend: wir wollten — und das wollen wir auch heute noch — die Abneigung einer ganzen Reihe von Richtern, in der „Verwaltung“ zu arbeiten, insbesondere als Instrukteure tätig zu sein, durch die Aussprache gerade über das Wesen der Instrukteurstätigkeit überwinden und die falsche Auffassung bekämpfen, Justizverwaltungstätigkeit sei keine „Praxis“. Jetzt, nach dem IV. Parteitag, haben unsere Argumente eine ganz andere Basis bekommen.

Die Ergebnisse der Beratungen des IV. Parteitags haben ihren Niederschlag in dem Schlußdokument „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ gefunden. In diesem Schlußdokument sehen wir alles das, was auf dem IV. Parteitag behandelt wurde, unter den großen Gesichtspunkt der Lösung der Lebensfragen unserer Nation gestellt. Sie sind im einzelnen besonders von zwei Seiten zu betrachten: dem Volkskampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und der Entfaltung der Demokratie in Aktion — zwei Seiten einer Sache, denn auch die volle Verwirklichung der Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik, die volle Entfaltung der Demokratie in Aktion ist ein wesentlicher Beitrag zur Führung des Volkskampfes um die Einheit unseres Vaterlandes.

Ein wichtiger Faktor für die Verwirklichung der Demokratie in unserem Staat, der in der gesamten Tätigkeit unseres Staatsapparats wirksamen lebendigen Demokratie, ist gerade die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates. Ihr hat der Parteitag im Rechenschaftsbericht des Genossen Walter Ulbricht, in den grundlegenden Diskussionsbeiträgen des Genossen Otto Grotewohl und des Genossen Fred Oelßner, im Referat des Genossen Schirdewan ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates soll insbesondere von zwei Seiten her erfolgen: durch die Entwicklung der Kontrolle von unten — das Ernstnehmen der Kritik und der Beschwerden der Bevölkerung, die Mitwirkung der Werktätigen an der Tätigkeit unseres Staatsapparates — auf der einen Seite und auf der anderen Seite dadurch, daß die erkannten Grundlagen einer wirksamen Kontrolle von oben nunmehr endgültig verwirklicht werden. Dabei kommt es in erster Linie darauf an, die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung des Beschlusses zu verwirklichen und die Durchführung des Beschlusses durch eine operative Anleitung zu seiner Durchführung

und durch die Kontrolle seiner Durchführung sicherzustellen. Dabei wurde in ernsthaften, in scherzhaften und in harten Worten und an Beispielen dargetan, daß diese Durchführung der Beschlüsse nicht papieren, sondern lebendig geschehen muß, daß es auf eine lebendige Anleitung zur Organisation der Durchführung der Beschlüsse ankommt und daß die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse sorgfältig, regelmäßig und verantwortungsvoll erfolgen muß.

Das scheint mir das zu sein, was unter der Formel: „Anleitung und Kontrolle der Durchführung“ zunächst ganz allgemein zu verstehen ist. Das ist einer der Hebel, um die Arbeit unseres Staatsapparates so zu verbessern, daß er wirklich ein Staatsapparat der Arbeiter und Bauern wird.

So sehen Sie, daß wir mit dem, was wir — von dem unmittelbaren Bedürfnis der Verbesserung unserer Arbeit ausgehend — vor einigen Monaten planten, mitten hineinkommen in die Anwendung einer der wichtigsten Forderungen des IV. Parteitags.

Ich möchte zunächst etwas sagen über das Wesen der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung. Alles, was darüber gesagt ist, gilt auch unmittelbar für die Justizverwaltung. Wir haben gerade im Zusammenhang mit der Justizverwaltungsordnung und dem Artikel von O s t m a n n, der in der „Neuen Justiz“<sup>(1)</sup> dazu erschienen ist, darauf hingewiesen, daß die Justizverwaltung ein Teil der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist, daß auch die Justizverwaltung der Verwirklichung der Ziele unseres Staates dient, innerhalb der Justiz insbesondere durch die Anleitung und Kontrolle der Rechtsprechung. Dies kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß auch, soweit es sich nicht um die Rechtsprechung handelt, für die Tätigkeit der Justizverwaltung die allgemeinen Verwaltungsprinzipien gelten, daß also z. B. die obere Stelle eine von der unteren Stelle behandelte Angelegenheit an sich ziehen kann, daß die obere Stelle Entscheidungen aufheben kann, wie z. B. der Minister Beschwerdeentscheidungen von Justizverwaltungsstellen in Notariatsachen. Das ist ein Ausdruck allgemeiner Verwaltungsprinzipien.

Die Forderung der Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates, insbesondere der Verwirklichung der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung, gilt also nicht nur im allgemeinen, sondern auch im grundsätzlichen der Methode ebenfalls für uns. Wir greifen damit zurück auf eine der Grundlehren, die Lenin und Stalin für die Entwicklung des sozialistischen Staates gegeben haben.

„Die Menschen kontrollieren und die faktische Durchführung der Sache kontrollieren, darin, noch einmal: darin, nur darin liegt jetzt der Angelpunkt der ganzen Arbeit, der ganzen Politik“,

sagte Lenin 1922<sup>1a)</sup>. Der XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion behandelte eingehend \*

b NJ 1954 S. 37.

<sup>1a)</sup> Lenin, *Ausgewählte Werke* in 12 Bänden, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau-Leningrad 1936, Bd. 9, S. 343.